



Neuzugang für die Frankfurter Skyline: Das Londoner Hochhaus „The Gherkin“ ist in dieser Montage an den Main versetzt worden. Das ein oder andere ausländische Bankhaus könnte sich in den kommenden Jahren tatsächlich hier wiederfinden

Die neue **WILLKOMMENSKULTUR**

Im Werben um britische Banken, die auf den Kontinent umziehen müssen, kämpft die deutsche Finanzmetropole gegen Vorurteile – und gegen eine starke politische Lobby aus Paris. Doch seit die britische Premierministerin einen „harten Brexit“ angekündigt hat, erscheint plötzlich vieles möglich

Für Unterhaltung ist bereits gesorgt: Das größte englischsprachige Theater in Kontinentaleuropa liegt mitten im Frankfurter Bankenviertel, im Schatten des Hochhauses der Commerzbank, auch die Deutsche Bank ist nicht weit. 70.000 Zuschauer kommen Jahr für Jahr, gerade wird Oscar Wildes „The Picture of Dorian Gray“ gezeigt. Über mangelnden Zuspruch kann sich Intendant Daniel Nicolai nicht beklagen. Bald soll es aber sehr viel mehr werden. „Der Brexit ist für uns sehr positiv“, ist er überzeugt. Der Deutsch-Amerikaner freut sich schon auf die Alt-Londoner und Neu-Frankfurter, die bald in der Stadt leben werden.

VON STEFANIE BOLZEN, KARSTEN SEIBEL
UND FRANK STOCKER
AUS LONDON UND FRANKFURT

Ob Nicolais Hoffnungen wirklich in Erfüllung gehen? Klar ist seit Anfang Oktober, dass viele der rund 360.000 Bankmitarbeiter Londons tatsächlich umziehen müssen, wenn sie den Kontinent weiterhin mit ihren Finanzprodukten versorgen wollen. In ihrer Rede auf dem Parteitag der Tories ließ Britanniens Premierministerin Theresa May keinen Zweifel daran, dass sie die Tür zum Rest Europas mit aller Wucht zuschlagen will. Seitdem machen sich die Stadtoberen in Frankfurt mehr denn je Hoffnung, dass sie ein Stück des britischen Finanzplatzkuchens abbekommen. Von bis zu 10.000 zusätzlichen Arbeitsplätzen, die an den Main verschoben werden könnten, ist die Rede. Die Ruhe der ersten Wochen nach dem Brexit-Votum Ende Juni ist vorbei.

Jetzt herrscht ein harter Konkurrenzkampf unter den potenziellen Finanzplätzen auf dem Kontinent. Frankfurt hat zwar die Europäische Zentralbank, die Deutsche Börse und bereits heute so viele Ableger ausländischer Banken wie keine andere Stadt. Doch auch Paris hat sich als Finanzstandort über Jahrzehnte hinweg etabliert. Und der Brexit-Beauftragte der Franzosen ist kein Geringerer als Christian Noyer, ehemals Chef der französischen Zentralbank. Er tourt bereits fleißig durch die Londoner City. Drei Tage machte er im September Lobbying an der Themse, im Oktober kommt er noch einmal für vier Tage. Während Frankreich die politische Karte spielt, vermissen Frankfurts Vertreter bislang die Unterstützung der Bundespolitik beim Buhlen um Banken.

Dabei werden die ersten Pflöcke gerade eingeschlagen, an der Seine und am Main. „Zwei Finanzdienstleister, die wir beraten, haben sich bereits entschieden, nach Frankfurt umzuziehen“, sagt Peter Scherer, Partner bei der Kanzlei GSK Stockmann und Kollegen. Namen könne er nicht nennen, auch weil die Mitarbeiter der Unternehmen selbst noch nichts davon wissen. Daneben bewirbt sich Scherers Kanzlei gerade um den Auftrag einer internationalen Großbank, den Umzug nach Frankfurt vorzubereiten. Russlands zweitgrößte Bank VTB hatte sich in dieser Woche als eine der ersten aus der Deckung gewagt. Sie werde ihr Investmentbankgeschäft aus London abziehen. Ob die Wahl auf Frankfurt fällt, wollen die Verantwortlichen bis Ende des Jahres entscheiden. Auch Paris und Wien sind noch im Rennen.

Die Stimmung in der Londoner City ist angesichts solcher Meldungen schlecht. Viele haben nur noch einen Kommentar: „bleak“. Zu Deutsch: düster. „Seit dem Parteitag der Tories herrscht echte Resignation“, sagt ein Bankmanager in London. Einen Umzug kann er sich genauso wenig vorstellen wie viele seiner Kollegen. Die Verunsicherung ist groß. Das zeigen auch die emotionalen Kommentare, die im Internet nachzulesen sind. Als „ein einziger großer Bürokomplex“ wird Frankfurt dort beschrieben, nicht einmal die

Deutschen wollten dort leben, glaubt ein Leser auf der Seite der englischen Tageszeitung „Guardian“ zu wissen.

In Frankfurt kennt man die Vorbehalte. Als eine Delegation der Stadt, angeführt von Oberbürgermeister Peter Feldmann, im September zur Werbetour nach London reiste, war man darauf bedacht, den Eindruck zu vermeiden, Frankfurt wühne sich nach dem Brexit-Votum auf Augenhöhe mit der Millionenmetropole. Man gab sich fast unterwürfig. Feldmann sprach vor den geladenen Geschäftsleuten von „einer starken Brücke“, die zwischen den beiden Städten entstehen müsse. In welche Richtung der Verkehr darauf rollen soll, konnten sich die Zuhörer denken.

Ein möglicher „hard Brexit“ verdunkelt die Aussichten, dass Londons Finanzdienstleister weiterhin per „passporting“ auf dem Kontinent Geld verdienen können. Sie dürfen womöglich nicht länger alle Finanzprodukte, die in Großbritannien zugelassen sind, automatisch in den übrigen 27 EU-Ländern vertreiben. 5500 Firmen im Londoner Finanzbezirk wären davon betroffen. Sobald die Banken vom europäischen Binnenmarkt mit seinen 440 Millionen Bürgern abgeschnitten sind, drohen Jahr für Jahr geringere Erträge in Höhe von umgerechnet 40 Milliarden Euro – warnt eine Lobbygruppe der britischen Finanzindustrie. Die Unternehmensberater von Oliver Wyman gehen davon aus, dass 75.000 Jobs wegfallen.

Entsprechend groß ist der Druck auf die Verantwortlichen in den Banken. Zwar werden die Verhandlungen zwischen Großbritannien und der Europäischen Union zwei Jahre dauern, doch wer erst im Frühjahr 2019 über einen Umzug nachdenkt, kommt zu spät. „Wir können nicht warten, bis wir wissen, wie eventuelle Übergangsabkommen aussehen“, sagt ein Londoner Banker. Wer nicht ohnehin schon Tochtergesellschaften in Frankfurt, Paris oder Dublin hat, von denen aus er künftig seine Geschäfte erledigen kann, sieht sich nun zum Handeln gezwungen. „Wir hatten schon vor einigen Wochen ein 24-Stunden-Brexit-Notfall-Telefon eingerichtet und hatten dies eher als ein Marketing-Instrument gesehen. Doch inzwischen

rufen dort tatsächlich nachts Investmentbanker aus London an“, sagt Anwalt Scherer.

Die großen Kanzleien wittern ein gutes Geschäft und helfen gerne beim Umzug. „Jetzt kann und will sich keiner mehr darauf verlassen, dass nichts mehr passiert“, sagt Bernd Geier von der Großkanzlei Dentons. Die Gespräche mit Klienten hätten spürbar an Intensität gewonnen. Dabei geht es nicht unbedingt darum, direkt 1000 Leute nach Frankfurt oder in eine andere europäische Stadt zu versetzen. Wer bislang ausschließlich in London sitzt, will möglicherweise erst einmal eine Repräsentanz mit ein paar wenigen Mitarbeitern eröffnen. Andere, die bereits eine Repräsentanz haben, könnten diese zu einer vollwertigen Bank unter nationaler Aufsicht machen. Eine solche Lizenz zu erhalten, kann gut 18 Monate dauern. „Da gilt es dann auch ganz praktische Fragen zu beantworten, etwa ob der bisherige Chef der Repräsentanz auch Chef einer Tochtergesellschaft mit Vollbanklizenz bleiben kann“, sagt Geier. Die fachlichen Anforderungen der Aufsichtsbehörden sind hoch.

Vor solchen Fragen stehen nun selbst große Finanzkonzerne. Zu den bekanntesten gehört die Bank of America Merrill Lynch. Anders als US-Banken wie J.P. Morgan, Morgan Stanley und Citi verfügt sie bislang über keine Banklizenz in Deutschland. Noch will man öffentlich den Eindruck vermeiden, man stehe unter Zugzwang. Europa-Chef Alex Wilmot-Sitwell verglich den Umzug eines Geschäftsbereichs zuletzt mit dem Transport gefährlicher Güter. „Sie bewegen Atommüll auch nicht in einem Rennen“, sagte er vor einem Parlamentsausschuss in London. Das geschehe vielmehr in einem sorgfältig abgestimmten Prozess.

Dazu gehört auch die Suche nach einer passenden Immobilie – woran es in Frankfurt nicht mangelt. Jedes zehnte Büro steht leer und der bereits angekündigte Stellenabbau manch einer Großbank in der Stadt wird weiteren Platz schaffen. Doch wer mit 500 Leuten kommen will und 10.000 Quadratmeter braucht, sollte zwei Jahre für Suche und Verhandlungen einplanen. Die

”

WIR SEHEN IN
FRANKFURT EINE
ERHÖHTE AKTIVITÄT
VON FINANZ-
DIENSTLEISTERN,
DIE DEN MARKT
SONDIEREN

IGNAZ TROMBELLO,
Investmentchef des
Immobilienberaters Colliers
International

ersten Späher sind unterwegs. „Wir sehen in Frankfurt eine erhöhte Aktivität von einer Reihe von Finanzdienstleistern, die den Markt sondieren“, sagt Ignaz Trombello, Investmentchef des Immobilienberaters Colliers International. Es seien erste vorsichtige Gespräche, ein erstes Abtasten – nicht mehr. Konkret sei noch nichts auf dem Frankfurter Immobilienmarkt passiert. Damit rechnet er erst, wenn Großbritannien tatsächlich den Artikel 50 für den EU-Austritt zieht und die Verhandlungen beginnen. Bis März 2017 soll dies geschehen, so hat es May angekündigt.

Die nächsten Wochen werden die Banken in London noch nutzen, um sich zu orientieren. Bis zum Ende des Jahres wird dann in vielen Häusern eine Entscheidung fallen, wohin es geht, sofern 2019 tatsächlich ein Umzug ansteht. Im kommenden Jahr werden diese Pläne dann konkret abgearbeitet, also Banklizenzen beantragt, Standort gesucht, Mitarbeiter ausgewählt.

Fondshäuser und Vermögensverwalter wird es wohl eher nach Dublin und Luxemburg ziehen. Und auch die Finanzdienstleister der neuen Generation, die Fintechs müssen sich überlegen, ob London künftig noch der richtige Platz für ihre Geschäfte ist. Tobias Schreier vom Zahlungsdienstleister PPRO sagt Nein. Der Deutsche hat das Unternehmen vor zehn Jahren gemeinsam mit einem Partner gegründet und vor fünf Jahren den Sitz von München nach London verlagert. Dort sind die Lizenz-Hürden für das Bezahlen im Internet geringer als in Deutschland. „Jetzt haben wir auch noch ein Büro in Luxemburg aufgemacht“, sagt er. Die entsprechende Lizenz ist beantragt; ab 2017 soll die „Notfalloption Luxemburg“ jederzeit gezogen werden können, falls der Brexit kommt.

Macht Großbritanniens Premierministerin Theresa May ernst, wird es also viel Bewegung zwischen Insel und Kontinent geben. Daniel Nicolai, Intendant des English Theatre in Frankfurt, ist sich sicher, dass auch seine Heimatstadt davon profitiert. Vorsorglich gibt er schon mal zu Bedenken: „Mehr als 300 Plätze und sechs Vorstellungen in der Woche sind auch dann nicht drin.“